



Offiziere der Manövertruppen in Polen beim Befehlsempfang: „Machen wir uns keine Illusionen“

Polen: „Krise der letzten Chance“

Polizisten verprügelten in Bromberg Gewerkschafter, der polnische Burgfriede zwischen Regierung und Volk zerbrach. Partei und Gewerkschaft konnten vorige Woche

die Scharfmacher in den eigenen Reihen kaum noch zügeln. Die zehn Millionen Gewerkschafter riefen zum Generalstreik auf. Provokateure heizten die Stimmung an.

Für Polen war es die Woche der großen, düsteren Worte, und allesamt klangen sie wie ein Nekrolog.

Polens Erneuerung, der seit acht Monaten unternommene, bisher im Sozialismus einzigartige Versuch, Polen von der Basis her zu demokratisieren und trotz der wirtschaftlichen Dauerkrise die Regierten mit den Regierenden beim Neubeginn auszusöhnen, war vorige Woche faktisch gescheitert. Alle, die am Experiment mitgewirkt hatten, trauerten nun den verpaßten Chancen nach.

Vizepremier Rakowski, in Polens Regierung für Gewerkschaftsfragen zuständig: „Weder die Regierung noch die Gewerkschaften können die Lage retten. Jetzt ist es zu spät, ein Blutvergießen ist unvermeidbar.“

Arbeiterführer Walesa, Rakowskis Dauerpartner und Kontrahent im polnischen Krisenmanagement: „Wir haben große Fehler gemacht, aber die Regierung machte noch größere. Es wird nicht viele Helden geben. Einige werden sich zurückziehen, andere werden Steine auf uns werfen. Ich kann, was ich gemacht habe, vor meinem Gewissen verantworten.“

Aus dem fernen Rom meldete sich der polnische Papst Wojtyla mit einer letzten Hoffnung: in seiner Heimat



Proteste gegen Polizei-Brutalität in Bromberg: „Jetzt ist es zu spät“

möge „noch einmal das Gefühl der Verantwortung für das gemeinsame Wohl siegen“.

Im düsteren Chor durfte Parteichef Kania nicht fehlen: „Man kann aus einem örtlichen Zwischenfall keine Staatsaffäre machen, die in der Katastrophe zu münden droht“, beschwor der KP-Chef in einer vom Fernsehen übertragenen Rede vor dem Kongreß der parteifrommen Bauernzirkel. Aber diesen örtlichen Zwischenfall genauer zu untersuchen, lehnte die Parteiführung kompromißlos ab.

Denn das drohende High Noon, die von beiden Seiten zur entscheidenden Kraftprobe hochstilisierte Konfrontation zwischen den in der Gewerkschaft „Solidarität“ organisierten Arbeitern und der Staatsmacht, wurde am vorletzten Donnerstag ausgelöst durch eine Prügelei in der Provinz.

In Bromberg (Bydgoszcz), auf halbem Weg zwischen Warschau und Danzig, hatten Anhänger der amtlich nicht zugelassenen Bauern-Gewerkschaft „Solidarität-Land“ Anfang vorletzter Woche das Gebäude der auch im Sejm (Parlament) vertretenen Bauernpartei ZSL gewaltlos besetzt.

Über diese Hausbesetzung, ihre Motive und die Forderungen der Bauern sollte am folgenden Donnerstag der Volksrat der Woiwodschaft Bydgoszcz — das Bezirksparlament — diskutieren. Die Abgeordneten hatten dazu auch Sprecher der Besetzer und ihrer ländlichen Gewerkschaft eingeladen.

* Von r.: Verteidigungsminister Hoffmann (DDR), Premier General Jaruzelski (Polen), Warschauer-Pakt-Befehlshaber Kulikow (UdSSR), Verteidigungsminister Dzur (CSSR), Warschauer-Pakt-Stabschef Gribkow (UdSSR).

Doch bevor es zur geplanten Debatte kam, ließ der Woiwode die Sitzung beenden — trotz der Proteste einiger Mitglieder des Rats.

Als diese Ratsmitglieder und die eingeladenen Bauernführer, die im Plenarsaal diskutierten, sich am Abend weigerten, das Woiwodschaftsgebäude zu räumen, rief der Vize-Woiwode als verantwortlicher Hausherr die Polizei.

Etwa 200 Milizionäre — angeblich alles Ortsfremde und schon vor Beginn der Sitzung im Gebäude versteckt — räumten den Saal. Vor dem Haus, in dunkle Ecken gezerrt, wurden die Gewerkschafter dann brutal zusammen-

geschlagen — 27 Personen verletzt, drei von ihnen, darunter der Landwirt Michael Bartoszcze, 68, schwer.

BARTOSZCZE (in der Neurochirurgischen Klinik der Medizinischen Akademie in Warschau zum **SPIEGEL**): Ein Zufall war das jedenfalls nicht. Wir wurden je nach den Verdiensten geschlagen. Den Polizisten war ja meine bescheidene Person nicht bekannt, jemand mußte sie schon zuvor über meine Verdienste informiert haben.

SPIEGEL: Und die waren?

BARTOSZCZE: Als die Ratssitzung abgebrochen wurde, habe ich ver-



Chefs des Warschauer Pakts im Manöver*: Kam der Befehl...



... aus der Parteizentrale?: Polizisten mit Video-Kamera



Protestplakat in Bromberg gegen den Polizeieinsatz*: Schläge und Tritte

sucht, auf die Ratsmitglieder einzureden, sie möchten doch bleiben und das Gespräch mit uns fortsetzen. Als die Polizei eindrang, haben wir ganz schnell einen dicht geschlossenen Kreis gebildet und „Noch ist Polen...“ gesungen. Dann begannen die Polizisten, unseren Kreis auseinanderzureißen und gleich hörte ich Rufe: „Nimm den Rulewski!“ (Jan Rulewski ist Vorsitzender der Bromberger Region von „Solidarität“.)

Bartoszcze weiter: „Er wurde also ebenfalls wegen seiner Verdienste gesucht. Auch er liegt, wie ich hörte, im Krankenhaus. Na ja, bald haben die Polizisten unseren Kreis zerstückelt. Ich wurde zusammen mit ein paar anderen nach vorne geschubst. Zwei hielten meine Hände fest, zwei andere schlugen und traten. Danach habe ich schon nichts mehr gespürt. Das erste, an das ich mich erinnere, ist das Flugzeug, mit dem ich nach Warschau transportiert wurde.“

Zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Polizisten und Gewerkschaftern war es seit August 1980 zwar schon mehrfach gekommen. Erstmals aber griff die Miliz auf ausdrücklichen Befehl und im Masseneinsatz die Mitglieder der Gewerkschaft an.

Freilich: Ob ein solcher Befehl vorlag und wer ihn erteilte, konnte (oder wollte) eine von Premier Jaruzelski sofort eingesetzte Untersuchungskommission unter Leitung des Vize-Generalstaatsanwalts Zyto in der vorigen Woche nicht überzeugend klären.

Wahrscheinlich ist, daß der Befehl zum Knüppeln aus der Warschauer

* Mit Photos der verletzten Gewerkschafter.



Polizei-Opfer Bartoszcze
Nach Verdiensten geprügel

Parteizentrale kam — oder zumindest von reaktionären Mitgliedern des Politbüros inspiriert und nachträglich gedeckt wurde.

Anders ist die Erklärung des Politbüros vom vorletzten Sonntag nicht zu verstehen, die, noch bevor Ergebnisse der Untersuchungskommission bekannt wurden, alle Schuld an dem Bromberger Zwischenfall den Gewerkschaften gibt, ihr zudem „anarchistische Ziele“ unterstellt und den Polizeieinsatz ausdrücklich gutheißt.

Formulierungen und Diktion dieses politischen Ablaßbriefes für die Polizei lassen, so Eingeweihte in Warschau, nur auf die Autorenschaft von zwei

Hardlinern in der polnischen Parteispitze schließen: Stefan Olszowski und Tadeusz Grabski, beide seit längerem offene Gegner der neuen Gewerkschaften und des gesellschaftspolitischen Arrangements.

Der Zeitpunkt, den Reformwilligen in Parteispitze und Regierung durch das folgenschwere Papier in den Rücken zu fallen, war klug gewählt.

Fast alle Spitzenpolitiker, die entschlossen waren, den von Premier Jaruzelski ausgerufenen „Burgfrieden“ auch einzuhalten, waren an diesem Wochenende dienstlich abgelenkt.

- ▷ Parteichef Kania machte einen Blitzbesuch in Budapest beim dortigen Spitzengenossen Kádár;
- ▷ Premier Jaruzelski war mit den beginnenden Ostblockmanövern „Sojus-81“ und der Betreuung seines Spitzengastes, des sowjetischen Marschalls Kulikow, beschäftigt;
- ▷ selbst Kabinettsmitglieder, die nicht zum Politbüro gehören, wie Vizepremier Rakowski und Außenminister Czyrek, waren in Warschau im Wochenendeinsatz: Sie führten die Gespräche mit dem Staatsgast aus Bonn, Bundesaußenminister Genscher.

So dürfte die Erklärung, die der Genosse Stefan Bratkowski, Chef des polnischen Journalistenverbandes, in einem offenen Brief für die mysteriösen Vorgänge in Bromberg gab, der Wahrheit am nächsten kommen: Der Zusammenstoß zwischen Miliz und Gewerkschaftern wurde von den „Falken“ in der Partei provoziert, um das Eingreifen der sozialistischen Nachbarn zu rechtfertigen.

Bratkowski: „Machen wir uns keine Illusionen. Das ist die Krise der letzten Chance für diejenigen, die unsere Partei vom Weg der gesellschaftlichen Vereinbarungen abbringen, unseren Staat und unsere Gesellschaft in die unvermeidliche Katastrophe führen wollen.“

Davon war auch die Führung der Gewerkschaft „Solidarität“ überzeugt. Aber trotz der einmütigen Lagebeurteilung reichte die Autorität ihres Führers Walesa und seiner engsten Freunde in dieser dramatischen Situation nicht mehr aus, um die Landeskommision auch zu gemeinsam beschlossenen Handeln zu bewegen.

In einer turbulenten Nachtsitzung am Dienstag wurden Walesas Vorschläge für eine gestufte Reaktion von den überwiegend jüngeren Delegierten überstimmt, die einen sofortigen Generalstreik forderten.

Nur mühsam kam doch noch ein Kompromiß zustande, der in Wahrheit keiner war: Die aufgebrachten Youngster waren bereit, den Generalstreik auf Dienstag dieser Woche zu verschieben, legten der Regierung aber ein Paket von Maximalforderungen vor, von

„Die Partei betreibt die Konterrevolution“

Der Warschauer Publizist Jan Walc über die polnische Krise

Konterrevolution ist das zutreffendste Wort für das, was sich zur Zeit in Polen ereignet.

Die Konterrevolution ist die letzte Chance für Tausende von Angehörigen des Partei- und Staatsapparates, die durch den andauernden Erneuerungsprozeß früher oder später gezwungen sein werden, ihre Posten zu verlassen, und in vielen Fällen auch mit strafrechtlichen Folgen der von ihnen begangenen Veruntreuungen, Schiebereien oder Bestechungen rechnen müssen.

Diese Gruppe ist zwar, zahlenmäßig betrachtet, nicht besonders groß in einem Land, dessen Bevölkerung 35 Millionen Menschen zählt. Sie ist aber auf Grund der von ihr besetzten Stellen relativ einflußreich. Sie ist einflußreich genug, um in der Lage zu sein, eine politische Spannung im Lande hervorzurufen, die wohl noch bedrohlicher ist als jene während der August-Streiks von 1980.

Paradoxerweise wird diese Gruppe von zwei Politbüro-Mitgliedern angeführt, die ihre Beförderung in das höchste Parteigremium eben der Erneuerungswelle zu verdanken haben: Stefan Olszowski und Tadeusz Grabski. Sie wurden auf den Partei-Olympus berufen, damit der Apparat beschwichtigt wird, und sie wurden damit fast automatisch zu Vertretern von Interessen, die in einem krassen Gegensatz zu den Interessen sowohl der Parteibasis wie auch der ganzen Bevölkerung stehen.

Die von der Regierung des Generals Jaruzelski verfolgte Stabilisierungspolitik ist für diese Gruppe zur akuten, unmittelbaren Bedrohung geworden.

Jaruzelski, der an den Machtkämpfen zwischen den Partefraktionen und Cliquen nicht beteiligt ist und als Verteidigungsminister über einen eigenen, selbständigen Militärapparat verfügt, von dem er mit aktuellen und sachlichen Informationen über die Lage des Staates versorgt wird, hatte bereits begonnen, sich die Partei- und Staatsfunktionäre vorzunehmen, ihre Verdienste für den Staat und ihre Nützlichkeit abzuwiegen. Schon das allein aber ist einer Verletzung des Wesens eines kommunistischen Staatssystems.

So wurde es immer deutlicher, daß der General einer der wenigen ist, der die Chance hat, seine Position auch nach dem künftigen Parteikongreß halten zu können, dessen Einberufung immer wieder — mit Moskauer Unterstützung — durch den Apparat verschoben wird und der für die überwiegende Mehrheit heutiger Spitzenfunk-

tionäre ein Ende ihrer politischen Karriere bedeuten wird.

Als Beispiel dafür kann der in der vorletzten Woche beendete Landeskongreß der „Demokratischen Partei“ (SD) dienen: Aus dem 13köpfigen bisherigen Parteipräsidium sind nur drei wiedergewählt worden.

Unter solchen Umständen kann der kommunistische Parteiapparat, darunter auch die von Jaruzelski in den Schatten abgeschobenen Politbürokraten,

einem Streik beantworten würde. Dann aber kam von General Jaruzelski ein Befehl, die Entlassenen sofort wieder einzustellen. Die versuchte Provokation scheiterte.

Von Provokationen wurden auch die Veranstaltungen begleitet, die zum 13. Jahrestag des Studentenprotests vom März 1968 organisiert wurden. Da aber niemand, bis auf die betroffenen Apparatschiks, an einer Verschärfung der Lage im Lande interessiert war, sind



Käuferschlange in Warschau: „Schiebungen von Nahrungsmitteln aufgedeckt“

nur dann politisch überleben, wenn es ihm gelingt, das vom Regierungschef postulierte Programm der 90 ruhigen Tage zu stören und den Premierminister zu kompromittieren.

Dieses Ziel vor Augen, begannen die Bedrohten eine Reihe von Provokationen zu organisieren. So wurden in einem Lodzer Krankenhaus, das dem Innenministerium unterstellt ist, fünf „Solidarność“-Gewerkschafter gefeuert, weil sie eine Schiebung von Nahrungsmitteln aufgedeckt hatten. Der Krankenhausdirektor, ein Oberst, hatte allerdings eine Rechtfertigung: Er sei schließlich — so erklärte er in einem Presseinterview — Offizier und mußte den Befehl seiner Vorgesetzten aus dem Innenministerium ausführen.

Es war klar, daß die Gewerkschaft „Solidarność“ den Rausschmiß mit

die unternommenen Versuche ohne Folgen geblieben.

Die nächste Provokation, diesmal mit großem Aufwand, wurde in Bydgoszcz vorbereitet, wo übrigens der Sejm-Abgeordnete Stefan Olszowski seinen Wahlkreis hat. In dem Gebäude des dortigen Nationalen Woiwodschaftsrats wurden nach beendeter Sitzung, in Anwesenheit einer Anzahl von Ratsmitgliedern, 27 Gewerkschafter von Polizei- und Staatssicherheitsfunktionären brutal zusammengeschlagen. Drei der aktivsten Gewerkschaftsführer mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Zu betonen ist, daß auf einer Sitzung des Woiwodschaftsrats jeder Staatsbürger — so will es die Verfassung — anwesend sein darf, und solange die Ratsmitglieder das Haus nicht verlassen

haben und sich mit ihren Wählern unterhalten, steht niemandem das Recht zu, das Gebäude zu schließen und die Menschen mit Gewalt hinauszuerwerfen. Das wurde der Regierung, während einer Verhandlungsrunde mit der „Solidarität“-Delegation, von Professor Jan Szcepański, Mitglied des Staatsrats, ausdrücklich mitgeteilt.

Der Vorfall hat die patriotische Stimmung in Bydgoszcz ungemein angeheizt. „Wenn es mir noch je beschert sein soll, die Schwelle des Woiwodschaftsrat-Gebäudes zu überschreiten, würde ich die Wände küssen, an denen das Märtyrerblut von Rulewski, dem verletzten Bromberger Solidarität-Vorsitzenden, und der anderen klebt“, sagte in seiner Predigt Michalski, Weihbischof von Gniezno und Diözesan-Stellvertreter von Primas Wyszyński.

Die „Nürnberger Aktion“ von Bydgoszcz erschütterte ganz Polen, vor allem aber die Partei selbst. Der Druck von der Parteibasis aus, den längst angekündigten außerordentlichen Parteitag endlich einzuberufen, ist enorm gestiegen. Das Partei-Fußvolk hofft, auf diesem Parteitag die kompromittierten Funktionäre endlich loszuwerden, die den Prozeß sozial-politischer Umwandlungen sabotieren.

Dieser Parteiparat ist isoliert, was jedoch nicht bedeutet, daß er schon aufgehört hätte, eine Gefahr zu sein. Es besteht kein Zweifel darüber, daß er jetzt auf eine noch größere Konfrontation, auf Notstandsmaßnahmen, auf den Generalstreik aus ist und daß er entschlossen ist, eine sowjetische Intervention notfalls herbeizurufen.

Nach Informationen, über die man in der „Solidarität“-Führung verfügt, wurde auf der Sitzung des Politbüros am vorletzten Sonntag die Verschärfung des Konfrontationskurses von einer Mehrheit der Politbürokraten vertreten. Für die Verschärfung stimmten Olzowski, Grabski, Jabłoński, Jagielski und Pińkowski, während sich nur Kania, Jaruzelski und Barcikowski für die Politik eines Kompromisses mit den Gewerkschaften aussprachen: Zabiński hatte sich der Stimme enthalten, Wojtaszek und Moczar — der letztere wurde vor kurzem wegen eines Herzinfarkts ins Krankenhaus gebracht — waren auf der Sitzung nicht anwesend.

Wenn auf jener Politbüro-Sitzung keine schärferen Maßnahmen beschlossen wurden, dann nur, weil Premier Jaruzelski für diesen Fall den sofortigen Rücktritt angedroht hatte.

Olzowski soll, wie aus glaubwürdigen Quellen zu erfahren ist, die Russen offiziell zu einer Intervention eingeladen und sich selbst für die Rolle eines polnischen Husák angeboten haben. Es sieht aber nicht so aus, als sei diese Einladung von größerer Bedeutung. Die Russen pflegen ihre Entscheidungen nicht von derartigen Höflichkeitsgesten abhängig zu machen.



Unterhändler Rakowski (stehend), Walesa (3. v. r.): „Blutvergießen vermeidbar?“

denen jeder in der Gewerkschaftsführung wußte, daß die Regierung sie in ihrer momentanen Lage nicht erfüllen wird — und kann.

Zu diesen Forderungen gehörte die strafrechtliche Verfolgung der Personen, die für die Bromberger Schlägerei verantwortlich sind, die schon mehrfach verlangte Zulassung der Gewerkschaften zu den Massenmedien und — neu im Katalog — die strafrechtliche Rehabilitierung aller politischen Oppositionellen seit 1976.

Wichtigste Forderung der „Solidarität“ aber war die schon zweimal von der Regierung abgelehnte Zulassung einer eigenen Gewerkschaft der privaten Bauern — für die sich nun auch das katholische Episkopat stark macht.

Unter solchen Umständen wurde das in der vorigen Woche dreimal vereinbarte und stets nach kürzester Frist wieder verschobene Treffen zwischen Walesas Gewerkschaft und Rakowskis Regierungsdelegation zur reinen Farce.

Keine der beiden Seiten, weder die Vertreter der vom Verrat bedrohten Staatsmacht noch die Sprecher der von der Spaltung bedrohten Gewerkschaft, hatte überhaupt genügend Verhandlungsspielraum, um auf die Forderung der anderen Seite einzugehen.

Wie schon oft in Polens Geschichte wollte in der Stunde der höchsten Not die Kirche vermitteln: Kardinal Wyszyński sprach am Donnerstagabend bei Premier Jaruzelski vor, und die „Solidarität“ von Jelena Gora (Hirschberg) rief in einem Brief den Papst um Beistand an.

Polens Bevölkerung, für die Lebensmittel angeblich nur noch für eine Woche zur Verfügung stehen, bekommt

für den permanenten Nervenkrieg täglich neue Ultimaten.

Nach dem vierstündigen, hervorragend organisierten Warnstreik vom vorigen Freitag, der bis auf die Eisenbahn und lebensnotwendigen Versorgungsbetriebe die gesamte Wirtschaft Polens lahmgelegt hat, sollte am Sonntag in Warschau das Zentralkomitee zusammentreten, um „Beschlüsse über Notstandsmaßnahmen“ zu fassen — unter der Drohung des unbefristeten Generalstreiks ab Dienstag dieser Woche.

Die Befehlszentralen der Gewerkschaft sind aus ihren erst vor wenigen Monaten erkämpften Stadtbüros in den



Flugblattaktion der Gewerkschaft
Zum Generalstreik bereit

Schutz der Fabriken umgezogen. In Breslau tauchten vorigen Freitag Maueranschläge auf, die unter der Überschrift: „Was tun, wenn die Russen kommen?“ detailliert beschrieben, wie eine Invasions-Armee durch falsche Wegweiser in die Irre geführt werden kann — Reminiszenz an den Überfall auf die ČSSR im Jahre 1968.

In Warschau stand ein großes Plakat, wie es sonst auf Bauplätzen zu sehen ist. Inschrift: „Neubau — Betreten verboten!“ Das Warschauer Plakat zeigte dazu die Landkarte Polens.

USA

Kühl gekontert

Das Weiße Haus stutzte den Einfluß von Außenminister Alexander Haig, der deshalb mit Rücktritt drohte.

Der Außenminister streckte seinen massiven Kopf nach vorn wie ein in Rage geratener Boxer beim Angriff.

Mit deutlichem „Mangel an Begeisterung“ habe er die Pläne des Weißen Hauses vernommen, Vizepräsident Bush und nicht ihn zum Chef eines neuen Krisenstabs zu ernennen, grollte Anfang letzter Woche General Alexander Haig jr. vor einem Ausschuß des Repräsentantenhauses.

Und sollte das tatsächlich geschehen, fügte er grimmig hinzu, dann ergäbe das einen „ganz neuen Satz von Problemen“. Der Krisenstab, der bei internationalen Notlagen zusammentritt, besteht aus dem Außen- und dem Verteidigungsminister, dem CIA-Chef, dem Sicherheitsberater sowie Reagans Gehilfen Ed Meese und James Baker.

Zwar versicherte Präsident Reagan gleich nach dem Eklat, Haig sei nach wie vor sein „Spitzenberater in auswärtigen Angelegenheiten“. Doch Mitarbeiter aus dem State Department berichten von einer stürmischen Nachtsitzung in ihrem Amt, bei der Haig mit den Fäusten auf den Tisch geschlagen und zornig wiederholt hätte, was er im Laufe der letzten Wochen schon öfter angedroht hatte: daß er „jederzeit nach Connecticut zurückgehen könnte“.

Kühl konterte ein hochrangiger Mitarbeiter des Weißen Hauses: „Haig wird unsere Führungsprinzipien akzeptieren müssen — sonst wird man ihn auffordern, seinen Hut zu nehmen.“

Der harsche Ton ist ungewöhnlich. Doch der Inhalt der Bemerkung kennzeichnet die straff zentralistische Kommandostruktur, die sich jetzt — unter etlichen Geburtswehen — in Reagans Weißem Haus herausgebildet hat.

Über ihr schwebt — wie ein absoluter Herrscher — „The Old Man“, Präsident Reagan, der sich aus dem täglichen Regierungsgeschäft so weit wie möglich heraushält. Ronald Reagan hat bisher zwei Pressekonferenzen gehalten,



Präsident Reagan, Vize Bush
Der Stellvertreter entscheidet

ten, auf denen sich zeigte, daß er substantiell zur Politik seiner Administration wenig zu sagen hat. Ausländische Besucher wie zuletzt Außenminister Hans-Dietrich Genscher werden ihm für ein paar Minuten Small Talk ins Oval Office geführt; im übrigen agiert Reagan als Landsvater.

Am St.-Patricks-Tag, dem Nationalfeiertag der Iren, beehrte er beispielsweise die irische Botschaft mit seinem Besuch und amüsierte die Gäste mit einer seiner pfiffigen, gekonnt vorgebrachten Reden.

Ronald Reagan, so schrieben kürzlich die Kolumnisten Germond und Witcover, „scheint sich damit zu begnügen, die Schlacht aus der Entfernung zu beobachten und sich selbst aus

dem Gedränge fernzuhalten“, mit der Gefahr, daß sein „Image als Führer verblaßt“.

Die eigentliche Macht im Weißen Haus liegt im kollektiven Führungsteam seiner drei engsten Vertrauten, bei seinem politischen Chefberater Ed Meese, Stabschef James Baker und Protokollchef Michael Deaver. Ihnen allein ist uneingeschränkter Zugang zum Präsidenten gewährt, niemand gelangt an ihnen vorbei zu Reagan.

Das Triumvirat hat sich vorbehalten, über jede politische Ernennung im Regierungsapparat das letzte Wort zu sprechen; eine Führungskraft von der konservativen „Heritage-Foundation“, in deren Computer die Namen sämtlicher gesinnungstreuen Experten in den USA eingespeichert sind, hilft ihnen dabei.

Über die Ausführung der Reagan-Politik wiederum wacht ein im Büro des Meese-Assistenten Craig Fuller installierter Computer, der für jedes Ministerium täglich die zu erledigenden Aufgaben ausdruckt.

Das Trio selbst operiert in vorbildlichem Konsensus und sehr darum bemüht, den Eindruck vollkommener Gleichberechtigung zu wahren. Treffen sich zwei von ihnen auf dem Korridor und fangen sie an, miteinander zu reden, so wandern sie nach kurzem Zögern brav weiter in das Büro des dritten: damit der nicht ausgeschlossen wird — und damit den beiden anderen die Qual der Entscheidung erspart wird, ob das Gespräch im Büro des einen oder des anderen fortgesetzt werden sollte, woraus Vorrang abgeleitet werden könnte.

Die gleiche musterhafte Kollegialität und die Aufgabe von egoistischen Territoriumskämpfen erwartet die Troika von den Ministern und Präsidentenberatern — die sie freilich selbst straff an ihrem eigenen Zügel führen.

Dem hat sich bisher Sicherheitsberater Richard V. Allen am besten ge-



Außenminister Haig
Fäuste auf den Tisch